

Vortrag: Von Partnerschaft zu Nachbarschaft: Ägypten und die EU

Veranstaltungsform: Vortrag (ca. 50 Teilnehmer)

Partner: Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaften (FEPS), Kairo Universität

Zeit/Ort: 05. Oktober 2010, Kairo Universität

Zielgruppe: Masterstudenten, Doktoranden

1. Programmübersicht

Dienstag, 05. Oktober 2010

Eröffnung

Dr. Patricia Bauer, DAAD Langzeitdozentin, Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaften (FEPS), Kairo Universität

Vortrag

Dr. Thomas Demmelhuber, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Erlangen-Nürnberg am Lehrstuhl für Politik und Zeitgeschichte des Nahen Ostens

" Von Partnerschaft zu Nachbarschaft: Ägypten und die EU "

Diskussion

2. Zielsetzung

Der Gastvortrag wurde im Rahmen einer Vorlesung mit der Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaften (Kairo Universität), sowie der KAS Ägypten organisiert. Das Ziel war es, den Studenten den Wandel der europäisch-ägyptischen Beziehungen in den letzten Jahren zu veranschaulichen, die geopolitischen Zusammenhänge zu vermitteln und schließlich zu einer kritisch-konstruktiven Diskussion anzuregen.

3. Ablauf

Die Vorstellung des Referenten und eine kurze Einführung zum Thema erfolgte durch **Dr. Patricia Bauer**, DAAD-Langzeitdozentin an der Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaften (FEPS) der Kairo Universität. Frau Bauer lehrt in den Master- und PhD-Programmen "European Mediterranean Studies" der FEPS zu den Themenbereichen Europastudien und Internationale Politik. **Dr. Thomas Demmelhuber**, wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Erlangen-Nürnberg am Lehrstuhl für Politik und Zeitgeschichte des Nahen Os-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

05. Oktober 2010

www.kas.de

tens, erläuterte in seinem einstündigen Vortrag dann ausführlich seine These, dass in den Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeerstaaten, im Speziellen Ägypten, in den letzten Jahren ein starker Paradigmenwandel stattgefunden habe. Seiner Überzeugung nach hätte sich die EU-Politik in den 1990er Jahren einem zunehmenden Pragmatismus hingegeben und alte normative Tendenzen, wie beispielsweise die verstärkte Förderung der Demokratie, zu Gunsten eines erhöhten Sicherheitsbestrebens aufgegeben. Demnach sei der EU verstärkt an der politischen Stabilität der Mittelmeerregion gelegen, um damit auch gleichzeitig die eigenen Grenzen zu schützen.



Um seine These zu untermauern, stellte Dr. Demmelhuber anschließend die Entwicklung der EU-Politik in Bezug auf die Mittelmeerstaaten in den letzten 15 Jahren vor. Im Fokus standen hier drei wichtige „Pfeiler“ dieser Politik: die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP) von 1995, die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) von 2004 und die Union für das Mittelmeer (UfM) von 2008. Im Laufe der Schilderungen wurde klar, dass die EU in ihren multilateralen Ansätzen mit vielen Problemen aus den Partnerländern konfrontiert wurde: so beispielsweise der Autoritarismus vieler Länder, Widerstände gegen die normative Politik der EU, sowie auch die Auswirkungen des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Die idealistischen Ideen wurden daher zunehmend zugunsten pragmatischer Ansätze aufgegeben, wie es besonders im Abkommen zur UfM von 2008 deutlich wurde.

Ebenso wurde der multilaterale Ansatz der EU (Beziehung EU – viele Staaten) zunehmend durch einen bilateralen (Beziehungen EU – ein Staat) ersetzt, um ihre Ziele besser zu implementieren.

Als besondere Fallstudie des Wandels zum Pragmatismus stellte Demmelhuber im Anschluss die Beziehungen zwischen der EU und Ägypten vor. So sei hier die grundlegende Beziehung zwischen den Partnern zwar auf der einen Seite als kompliziert und asymmetrisch, auf der makroökonomischen Seite aber als erfolgreich zu beschreiben. Auch habe Ägypten unter den einzelnen Mittelmeerstaaten eine gewisse Sonderstellung für die EU, da es, neben der aktiven Beteiligung am Nahostfriedensprozess, vor allem als Koordinator in den Beziehungen mit den arabischen Ländern fungiere. Laut Demmelhuber gäbe es vor allem auf der sozialen und kulturellen Ebene eine breite Zusammenarbeit, allerdings seien hier auf der ägyptischen Seite hauptsächlich NROs (Nicht-Regierungs-Organisationen) die Ansprechpartner, welche die normativen Vorgaben der EU zu erfüllen hätten. Die ägyptische Regierung würde daher mit diesen Vorgaben kaum in Kontakt kommen, weshalb langfristige Erfolge auf sich warten ließen. Obwohl diese Tatsachen bekannt seien, hätte die EU dennoch keine Änderung ihrer Vorgehensweise vorgenommen und damit die Grundsattpolitik akzeptiert. Es könne daher nicht von einer partnerschaftlichen, sondern nur von einer „nachbarschaftlichen“ Beziehung gesprochen werden. Laut Demmelhuber ignoriert die EU in diesem Zusammenhang wissentlich ihren normativen Ausgangspunkt. Um von einer echten Partnerschaft sprechen zu können, müsse die EU hier eine neue realistische Sichtweise übernehmen und auch die ägyptische Seite müsse beginnen an einer Umsetzung der normativen Vorgaben zu arbeiten.

Die Reaktionen des Publikums auf die Thesen Demmelhubers äußerten sich im Anschluss an den Vortrag in einer lebhaften

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

05. Oktober 2010

www.kas.de

Fragerunde. Besonders intensiv wurde das Thema der Beziehungen zwischen der EU und Ägypten diskutiert. So wurden beispielsweise Fragen gestellt, durch welche Mechanismen man diese auf einer grundlegenden Ebene verbessern könne. Es wurden aber auch Demmelhubers Thesen im Grundsatz diskutiert, so ob es sich bei der Beziehung zwischen der EU und Ägypten wirklich um eine ungleiche Beziehung handle.



4. Schlussfolgerung

Die abschließende Fragerunde hat gezeigt, dass das Thema der europäisch-mediterranen, bzw. europäisch-ägyptischen Beziehungen in Ägypten auf ein breites Interesse stößt und durchaus kritisch diskutiert wird. Die Thesen von Dr. Thomas Demmelhuber, die einen Wandel der europäischen Politik zum Pragmatismus hin, bzw. eine asymmetrische Beziehung zwischen den „Partnern“ verdeutlichen, stoßen dabei bei angehenden ägyptischen Akademikern auf teilweise große Zustimmung, aber auch auf fundamentale Kritik. Die hochwertige Diskussion verdeutlicht, dass die von der EU geförderten Master- und PhD-Programme "European Mediterranean Studies" der FEPS mit Erfolg durchgeführt und den angehenden Akademikern wichtige weltpolitische Kenntnisse vermittelt werden, die eine kritisch-konstruktive Sichtweise auf dieselbigen ermöglichen.